

Einbringung des Haushaltes 2012 der Stadt Koblenz
Stadtrat, 16. Dezember 2011, 14 Uhr

Rede des Oberbürgermeisters
Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig

Sperrfrist: Redebeginn

Sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,
liebe Gäste,

ich bitte um Entschuldigung, wenn die heutige Rede etwas länger wird. Dies ist aber der Bedeutung des Beratungsgegenstandes geschuldet. Ich möchte mich nämlich nicht nur mit den Aufgaben des Jahres 2012 aus der Sicht des Kämmerers auseinandersetzen, sondern versuchen, als Oberbürgermeister **mittelfristige Perspektiven** zu formulieren.

Dabei habe ich mich von einem **Gedanken** des chinesischen Philosophen **Laotse**, der im 6. Jahrhundert vor Christi lebte, leiten lassen: „**Verantwortlich ist man nicht nur für das, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut.**“

Ich möchte meine Rede wie folgt strukturieren:

- I. Der Eckwertebeschluss als Rahmen**
- II. Umsetzung der Eckwerte im Haushaltsentwurf 2012**
- III. Eine Expertise von Dr. Mertes als Arbeitsmaterial**
- IV. Unser 17-Punkte-Strukturprogramm für 2012**
- V. Unsere Perspektive: Koblenz 2020**
- VI. Die Schwerpunkte unserer Arbeit im Jahr 2012**
- VII. Fazit**

I. Der Eckwertebeschluss als Rahmen

Der **Haushalt 2012** ist die **Nagelprobe**, ob wir es mit der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung ernst meinen. Und ob wir die Kraft haben zu unbequemen Entscheidungen. Denn Haushaltskonsolidierung macht wenig Spaß, löst viel Ärger aus, ist aber unausweichlich notwendig. Wenn ich sage „wir“, dann meine ich zunächst **uns, den Stadtvorstand und die Verwaltung**. Dann meine ich aber auch **uns, den Stadtrat**.

Wir haben hier **im Stadtrat im Sommer einstimmig Eckpunkte** – praktisch eine „Blaupause“ – beschlossen, die den Rahmen für unsere künftigen Haushalte bis 2016 bestimmen. Die wichtigsten möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen:

Wir haben uns verpflichtet, dass die **Zuschussbeträge** im Bereich der freiwilligen Leistungen **maximal in Höhe der Haushaltsansätze 2011** – wie wir sie im Nachtragshaushalt beschlossen haben – festgeschrieben werden. Eine Erhöhung können wir uns nicht erlauben.

Wir wollen grundsätzlich keine neuen Investitionen tätigen und **keine neuen Projekte** beginnen, wenn sie nicht unabweisbar sind oder sich selbst refinanzieren.

Wir haben uns darauf geeinigt, den **Stellenplan für 2012 quantitativ auf dem Stand von 2011** festzuschreiben. Ab 2013 wollen wir die Hälfte aller frei werdenden Stellen einsparen. So wollen wir auf Dauer Personal verträglich abbauen, ohne betriebsbedingt zu kündigen. Wir stehen hier auch gegenüber unseren tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wort, die keine Schuld an der schwierigen Lage tragen.

Wir haben uns vorgenommen, **sämtliche Einnahmemöglichkeiten zu überprüfen** und prinzipiell auszuschöpfen, soweit das vertretbar ist.

Und wir haben uns verpflichtet, die **Aufbau- und Ablauforganisation** der Verwaltung zu verbessern und unsere Aufgaben daraufhin zu überprüfen, ob sie grundsätzlich wahrgenommen werden müssen und mit welchem Standard.

Mit diesen Eckpunkten wollen wir erreichen, dass wir möglichst nach **2016 mehr Kredite tilgen als aufnehmen**.

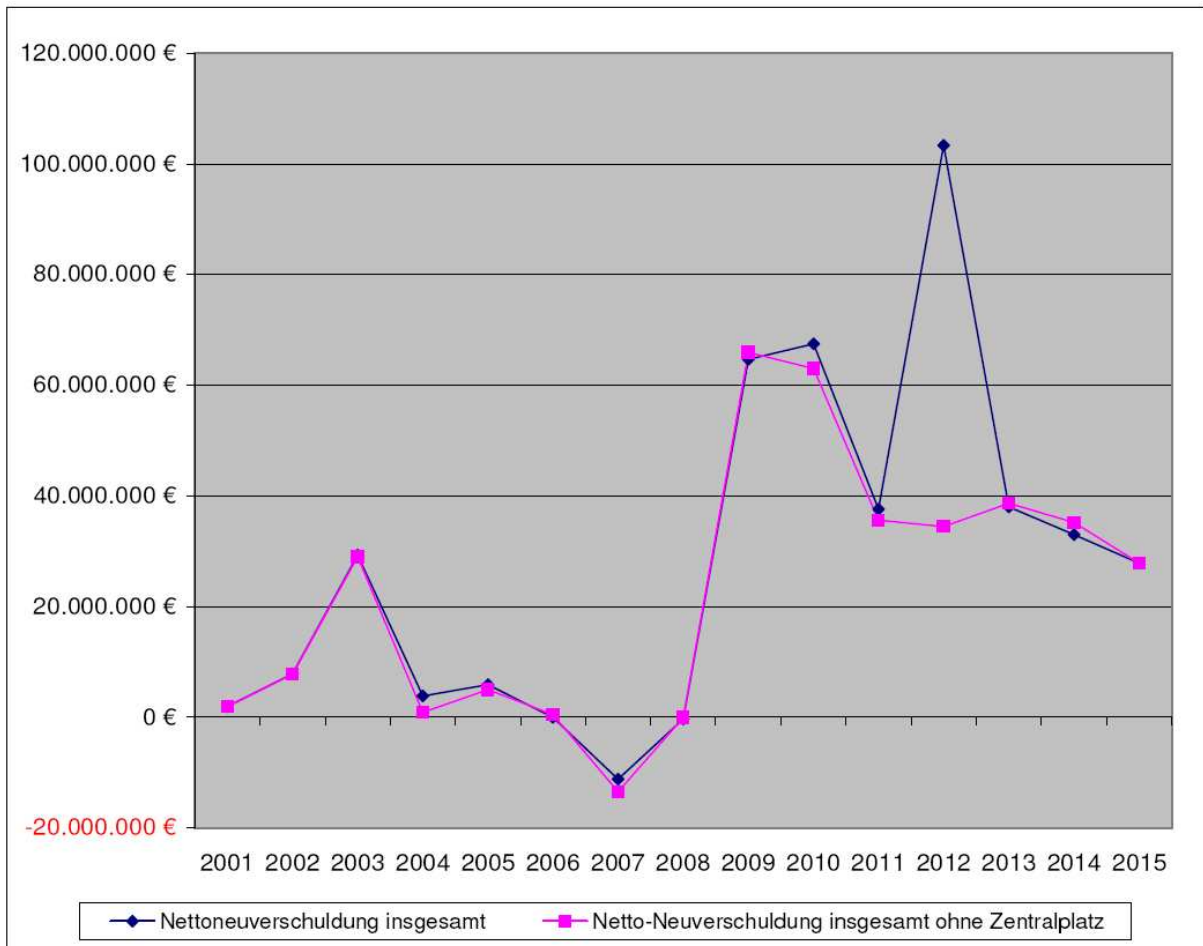
Gleichzeitig möchten wir, dass unsere politischen Entscheidungen allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen, nämlich die hervorragende Lebensqualität in unserer Stadt zu erhalten und weiter auszubauen, zu der die zahlreichen Investitionen der Vergangenheit beigetragen haben.

II. Umsetzung der Eckwerte im Haushaltsentwurf 2012

Die genannten Eckpunkte sind die Basis für unsere Haushaltsaufstellung 2012. Wir haben uns präzise daran gehalten.

Und dennoch geht unser Entwurf nach Abzug der Tilgungsleistungen von **rd. 104 Millionen Euro zusätzlichen Schulden** aus. Eine besorgniserregende Situation und Entwicklung.

Entwicklung der **Nettoneuverschuldung** der Stadt Koblenz (Kernhaushalt) mit und ohne Zentralplatz



Nettoneuverschuldung = Aufnahme neuer Investitions- und Liquiditätskredite abzügl. Tilgung von Investitions- und Liquiditätskrediten

Schaubild I

Auf den ersten Blick wirkt das wie ein Widerspruch. Auf der einen Seite unsere Eckwerte, mit denen wir die Haushaltskonsolidierung fortführen wollen – auf der anderen Seite der enorme Schuldenberg. Das wirkt wie mangelnde Ernsthaftigkeit beim Sparen. Aber das Gegenteil ist der Fall, wie ich im Nachfolgenden faktengestützt aufzeigen werde.

Die neuen Schulden setzen sich aus Verbindlichkeiten für **Investitionen** und zur **Liquiditätssicherung** zusammen.

Beschäftigen wir uns zunächst mit dem **Investitionshaushalt**:

Der größte Brocken des neuen Kreditbedarfs rührt aus der beschlossenen Großinvestition **Zentralplatz**. Allein **69 Millionen Euro** der neuen Kredite werden nächstes Jahr für den Kulturbau und die Platzfläche aufgenommen. Hinzu treten die längst fälligen, wegen der anstehenden Baumaßnahme aber aufgeschobenen Investitionen für die umgebenden Straßenzüge. Und selbstverständlich kann man darüber trefflich streiten, ob diese hohe zusätzliche Verschuldung vertretbar war oder nicht. Dies ist aber **keine Entscheidung des Jahres 2011** und erst recht nicht eine Entscheidung mit dem Haushalt 2012, sondern sie wurde grundsätzlich bereits im Jahre 2005 im Stadtrat getroffen und 2009 rechtlich endgültig besiegelt.

Dem hier präsentierten Schaubild lässt sich entnehmen, wie sich die Kreditentwicklung mit und ohne Zentralplatz über die Jahre 2001 bis 2015 darstellt. Würden wir die Sonderinvestition Zentralplatz aus der Betrachtung außen vor lassen, dann wird erkennbar, dass unsere **Nettokreditaufnahme** bereits seit dem vorigen Jahr **rückläufig wäre**.

Ich zeige Ihnen diese Grafik nicht, weil ich die Verantwortung für die Verschuldung der Stadt bei einem Projekt suchen will. Sie soll vor allem verdeutlichen, dass wir mit unserem eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung – so wie er Ihnen heute vorliegt – die richtigen Schritte machen, auch wenn sie von den Investitionen am Zentralplatz überlagert wird.

Und weil ich gelegentlich nach meiner Haltung zu dem Projekt Zentralplatz gefragt werde, will ich sie gerne erneut wie schon wiederholt bei verschiedenen Gelegenheiten unverändert in den letzten eineinhalb Jahren glasklar machen: Ich habe konzeptionell mit dem Shopping Center keine Probleme. Es wird unser Profil für die Einkaufsstadt Koblenz schärfen. Ich habe auch kein konzeptionelles Problem mit dem Kulturgebäude und der Architektur des künftigen Zentralplatzes. Ganz im Gegenteil: Ich bin davon überzeugt, dass beide Investitionen Koblenz wirtschaftlich, touristisch und kulturell stärken werden.

Lediglich **als Kämmerer** habe ich **Bedenken**, ob wir uns mit alledem in Verbindung mit der BUGA, dem Schienenhaltepunkt Mitte, der Löhr- und der Schlossstraße, dem Schloss und der Rhein-Mosel-Halle nicht des Guten zuviel geleistet haben. Deshalb habe ich zu Dienstantritt vor eineinhalb Jahren ergebnisoffen und sehr ernsthaft geprüft, ob es auch eine Nummer kleiner geht. Ich musste leider zu der Feststellung kommen, dass eine Umsteuerung der Großinvestition Zentralplatz inmitten des Jahres 2010 nicht mehr machbar war. Wir hätten sonst Millionen ausgegeben, ohne etwas dafür zu bekommen. Also stehe ich zu den, vom Stadtrat mehrheitlich gefassten Beschlüssen. Das ist für mich eine Frage des Respekts gegenüber demokratischen Mehrheitsentscheidungen.

Daher kommt es nunmehr entscheidend darauf an, dass wir dieses Projekt jetzt gut **steuern und kontrollieren**. Wir haben aus den Erfahrungen mit der Steuerung von Großprojekten wie dem **Schienehaltepunkt Mitte** und der **Rhein-Mosel-Halle** gelernt.

Ich habe schon oft dargestellt, welche Anstrengungen wir unternehmen, um diese Ziele zu erreichen. Mit Stand von heute kann ich sagen: **Wir sind beim Projekt Zentralplatz im Budget- und im Zeitplan**. Wenn ich das in zwei Jahren weiterhin sagen kann, dann haben wir alle zusammen eine großartige Leistung erbracht.

Doch unabhängig vom Erfolg des Zentralplatzes – mittlerweile haben wir zum Ende des laufenden Jahres eine **Gesamtverschuldung von 440 Millionen Euro** erreicht. Darauf packen wir jetzt einmalig, vor allem wegen des Zentralplatzes noch mal gut 100 Millionen drauf.

Der Ergebnishaushalt kommt dazu. Sodass wir – wohlgemerkt, wenn wir Disziplin halten – nach der mittelfristigen Finanzplanung als Teil des Haushaltsentwurfs **Ende 2015 bei einer Gesamtverschuldung von über 640 Millionen Euro** angekommen sind.

Über 640 Millionen Euro! Deshalb setzt der Investitionshaushalt eisenhart unseren Eckwertebeschluss um: **Keine neuen Projekte**. Deshalb prüfen wir z.B. auch und bemühen uns darum, einen privaten Investor für das in die Jahre gekommene Hallenbad zu finden.

Entwicklung der **Kreditverschuldung** der Stadt Koblenz (Kernhaushalt)
mit und ohne **Zentralplatz**

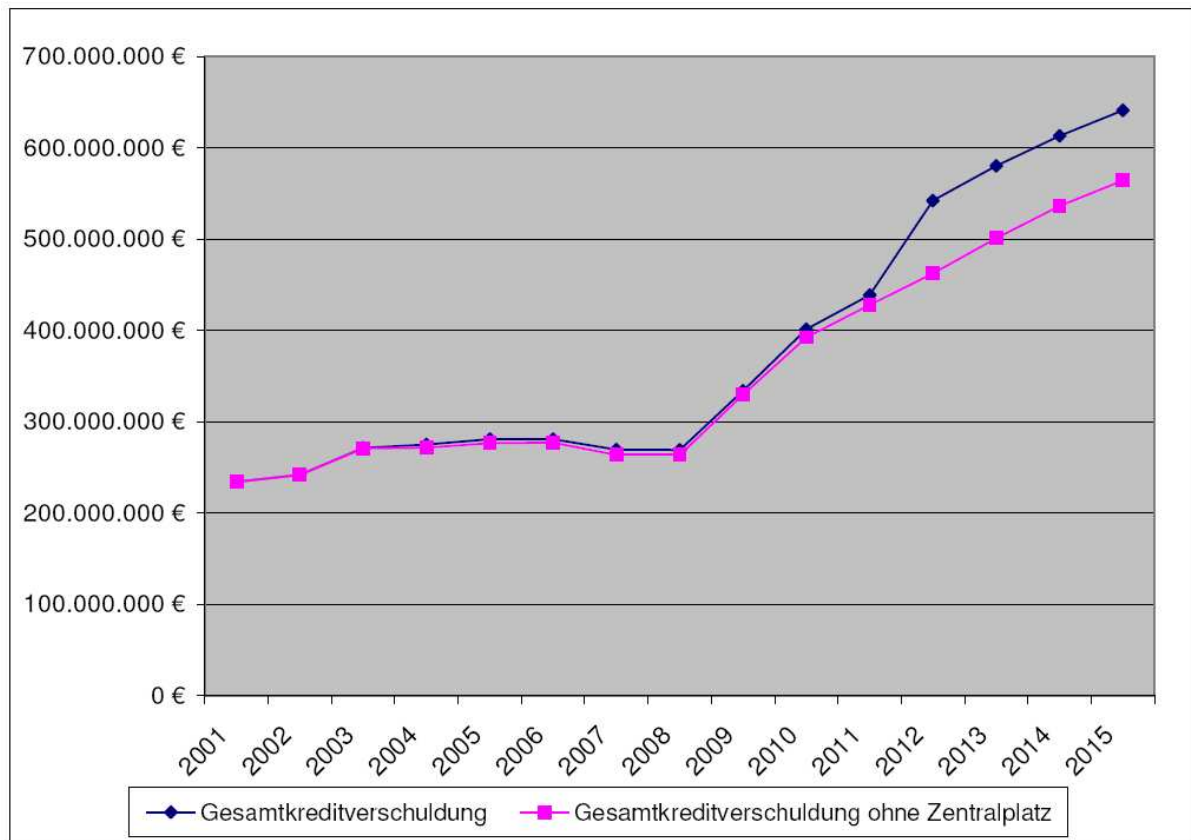


Schaubild II

Das **unabweisbar Notwendige** muss aber weiterhin gemacht werden. Was ist aber unter solchen Bedingungen unabweisbar?

Im Hinblick auf die **Brückensanierungen** setzen wir unseren „Masterplan Brücken“ minutiös um. Denn unsere Brücken sind unsere Schlagadern, ohne die Leben und Arbeiten in unserer Stadt nicht funktioniert. Im nächsten Jahr werden wir hier 12 Millionen Euro ausgeben müssen.

Zudem stellen wir uns der Aufgabe der **Schulraumsanierung**. Auch hier werden wir einen Masterplan vorlegen. Wir wollen in den kommenden

zehn Jahren jährlich sieben Millionen Euro netto für investive und konsumtive Maßnahmen zur Verfügung stellen.

So wollen wir den über die Jahre aufgelaufenen **Sanierungsstau** abarbeiten.

In dieser Situation muss die Frage erlaubt sein, ob wir der RWE die **KEVAG abkaufen** wollen? Vor allem aber: ob wir uns das tatsächlich leisten können? Unstrittig ist, dass es vernünftig und sinnvoll wäre, die Daseinsvorsorge auch bei der Belieferung unserer Bürgerinnen und Bürger mit Strom wieder unter mehrheitlicher Verantwortung der Stadt Koblenz absichern zu können. Mit allen ökologischen Chancen, die damit verbunden sind. Die entscheidende Frage ist: Können wir uns diese Investition leisten? Die Antwort auf die Frage ist klar: **Nicht um jeden Preis**. Wir werden nur kaufen, wenn der Preis stimmt. Dafür lassen wir uns professionell beraten und legen auch der Kommunalaufsicht eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vor. Nur wenn die Gewinnerwartungen die Zinsleistungen überbieten, dürfen und können wir kaufen. Dabei streben wir eine faire Partnerschaft mit den Kommunen in der Region, mit der EVM und der THÜGA an. Denn das Projekt können wir nur gemeinsam stemmen. Dann aber ist es eine Jahrhundertchance für die Stadt Koblenz. Auch für unseren Haushalt. Darin waren wir uns diese Woche in einem Gespräch mit der Kommunalaufsicht in Trier auch grundsätzlich einig.

Wenn wir im **Investitionshaushalt** weiterhin klare Kante zeigen, dann werden wir hier nach unserer Planung schon in **2015** unser Ziel erreichen, **netto keine zusätzlichen investiven Schulden** mehr zu machen, sondern mehr zu tilgen als neue Kredite aufgenommen werden.

Das setzt freilich voraus, dass wir in Politik und Verwaltung ohne Wenn und Aber an der Linie des Eckwertebeschlusses fest halten. Wir benötigen dringend eine mehrjährige **Konsolidierungspause**, was neue Investitionen anbelangt!

Noch schwieriger ist die Lage allerdings im **Ergebnishaushalt**, also bei den konsumtiven Aufwendungen. Auch hier haben wir mit dem Haushaltsentwurf 2012 den Eckwertebeschluss penibel umgesetzt. Gegenüber dem Nachtrag 2011 mit 41 Millionen Euro Fehlbetrag verbessern wir unsere Bilanz mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2012 um vier Millionen Euro auf einen **Fehlbetrag von 37 Millionen Euro**.

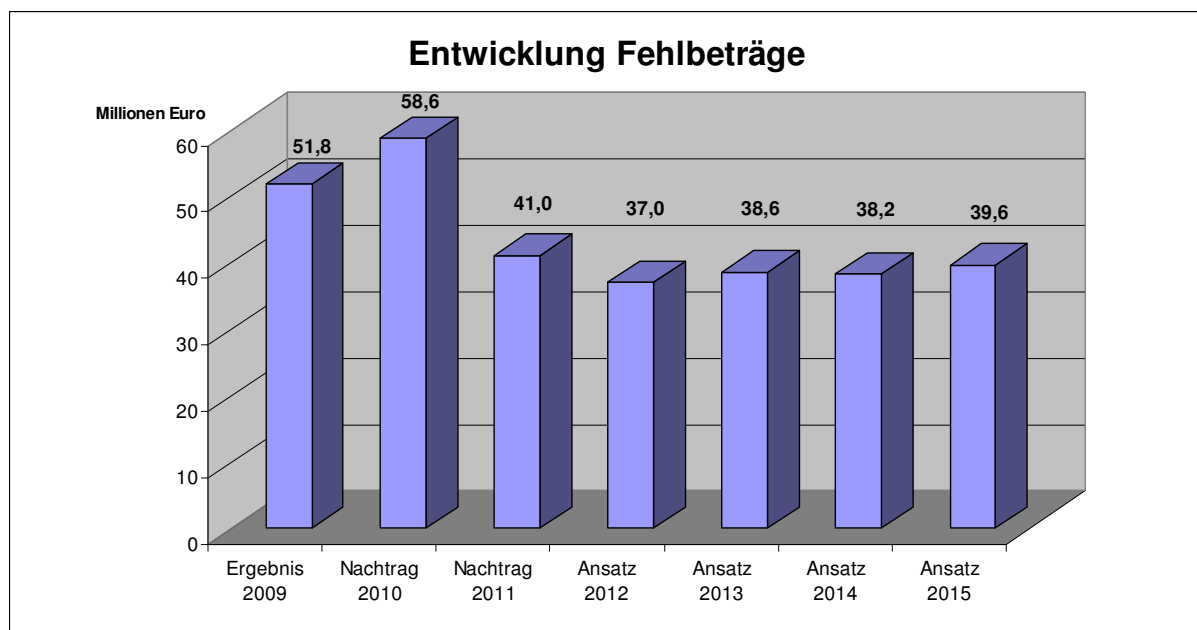


Schaubild III

Schon dieses Ergebnis zu erzielen, war alles andere als leicht.

Bei den **Personalausgaben** haben wir **22 mehr Stellen gestrichen als neue geschaffen**. Die Rahmenbedingungen dafür waren nicht einfach. Den Kommunen wurden in 2011 und werden in 2012 zusätzliche Aufgaben im Sozialbereich, im Umweltbereich und im Bereich des Ordnungsamtes übertragen. Hier sind zusätzliche Stellen auszuweisen, um den gesetzlichen Auftrag erfüllen zu können. Im Saldo ist es trotzdem gelungen, im Stellenplan 2012 2,1 unbefristete Stellen und 2,8 befristete Stellen, für die es keine Gegenfinanzierung gab, weniger vorzusehen, als im Stellenplan 2011. Zusätzlich fallen 17 Ersatzplanstellen weg, die wegen Beendigung der Altersteilzeit noch vorgehalten und finanziert werden mussten. **Im Gesamtsaldo sind also 21,9 weniger Stellen im Stellenplan 2012 vorgesehen als im Stellenplan 2011.**

Und ab dem nächsten Jahr, also mit dem **Haushalt 2013**, wollen wir – dem Eckwertebeschluss folgend – die Hälfte aller Stellen, die frei werden, nicht mehr besetzen. Das hört sich einfach an. Aber was heißt das? Wir müssen bei jeder freiwerdenden Stelle – egal wo – überlegen, ob diese Aufgabe noch erledigt werden muss. Und wenn ja, ob der bisherige Aufwand und das bisherige Personal dafür nötig sind. Und wenn auch das gegeben ist, müssen wir innerhalb des jeweiligen Amtes oder ämterübergreifend Personal neu verteilen, umstellen, Aufgaben neu bewerten und Arbeiten effizienter erledigen. Das muss eingebunden werden in den **Personalentwicklungsplan**, den wir nächstes Jahr fortschreiben müssen. Denn wir wollen an diese Herausforderungen aufgabenkritisch herangehen, statt einfach dem vorhandenen Personal mehr aufzubürden. Das gelingt aber nur, wenn wir frühzeitig an den Strukturen arbeiten, damit wir rechtzeitig mit den notwendigen Fortbildungsmaßnahmen beginnen können und somit die

Einsatzflexibilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern. Auch in dieser Hinsicht stehen wir gegenüber unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und dem Personalrat in der Verantwortung und im Wort.

Das ist ein engagiertes Ziel. Aber ich bin davon überzeugt, dass wir so unsere Personalstellen ohne betriebsbedingte Kündigungen mittel- und langfristig sorgfältig und dauerhaft reduzieren können und müssen.

Auch die **freiwilligen Leistungen** haben wir auf dem abgesenkten Niveau des Nachtrags 2011 eingefroren. Das heißt, wir haben hier seit meinem Amtsantritt vor 19 Monaten die jährlichen Ausgaben dauerhaft um 3,2 Millionen Euro pro Jahr gesenkt – 2,6 Mio. wurden vom Stadtrat auf Grundlage unserer 3 Millionen-Einsparliste beschlossen und 600.000 Euro hat die ADD zusätzlich an Einsparungen verlangt. Diese Einsparung haben wir im Nachtrag 2011 beschlossen und diese Einsparungen führen wir jetzt weiter.

Zudem haben wir **keine neuen Projekte und freiwilligen Leistungen** zugelassen. Mehr noch, wir müssen auch hier prüfen, wo wir noch einsparen können. Das haben wir gemacht. Ich komme darauf gleich noch einmal zurück.

Und wir haben in der **Haushaltsstrukturkommission** alle Möglichkeiten der **Einnahmeverbesserungen** geprüft und verantwortbare Empfehlungen gegeben.

Dazu gehören unsere Vorschläge, die **Grundsteuern A und B** und die **Hundesteuer** moderat anzuheben und nunmehr auch in Koblenz zum 1.

April 2012 die sogenannte **Übernachtungsteuer** und zum 1. Juni 2012 die **Zweitwohnungsteuer** einzuführen.

Bei der **Hundesteuer** sind wir überzeugt davon, dass eine Erhöhung von sechs Euro im Jahr vertretbar ist, so wie wir es schon im Haushalt 2011 gemacht haben. Gerade im Vergleich zu anderen Städten. Wir liegen dann hier im oberen Drittel.

Und auch bei der **Übernachtungsteuer** haben wir uns an anderen Städten orientiert. In Trier und Bingen gibt es sie bereits. Deshalb schlagen wir vor, ab 1. April 2012 grundsätzlich – mit gewissen Ausnahmen – für jede Übernachtung 1,50 Euro zu erheben. Wir rechnen hier künftig mit jährlichen Einnahmen von 750.000 Euro, im ersten Jahr, wenn wir am 01. April beginnen, mit 600.000 Euro. Wir haben dies übrigens bereits zum Jahresanfang 2011 gegenüber den Berufsverbänden des Übernachtungsgewerbes angekündigt. Und es ist auch vollziehbar in jenen Fällen, wo bereits Übernachtungsverträge gemacht wurden, weil darin keine rechtlich unzulässige Rückwirkung liegt und eine derartige Steuer zusätzlich auf die Kunden umgelegt werden kann. Wir sind auf diese Einnahmen dringend angewiesen. Sie sind auch gerechtfertigt nach all den touristischen Mehrleistungen und der Aufwertung des gewandelten Koblenz durch die BUGA. Der vorgelegte Haushaltsentwurf rechnet mit diesen Einnahmen, um das ganz klar zu sagen.

Da wir ab dem kommenden Jahr rd. **1 Million Euro jährlich für die Erhaltung und Pflege unserer BUGA-Flächen** ausgeben werden, können wir diese Ausgaben durch die Einnahmen der Übernachtungsteuer zum Teil kompensieren. Das – so meine ich – ist

fair und verantwortbar. Denn viele unserer Gäste werden von unseren BUGA-Flächen profitieren. Nicht auszudenken, was die Koblenzer und unsere Gäste denken würden, wenn wir unsere Anlagen vergammeln ließen – gerade weil wir im Zusammenhang mit der BUGA immer von Nachhaltigkeit gesprochen haben.

Die Beschlüsse zur Hundesteuer und zur Übernachtungsteuer stehen bereits heute auf der Tagesordnung und ich bitte Sie, meine Damen und Herren, sehr eindringlich, den Vorschlägen der Verwaltung zu folgen, weil ansonsten die Teil-Gegenfinanzierung der Aufgabe „Pflege der BUGA-Flächen“ nicht gedeckt wäre.

Die **Zweitwohnungsteuer** wird ihre Wirkung zur Konsolidierung des Haushalts erst in den Jahren ab 2013 entfalten, da bekanntermaßen der Effekt der Steuer gerade in ihrer Vermeidung, also in der Ummeldung zum Erstwohnsitz liegt. Die auf der Basis der Erstwohnsitze neu und höher berechneten Schlüsselzuweisungen werden daher erst in den Folgejahren vereinnahmt werden können.

Angesichts der Erhöhungen der **Gewerbesteuer** und der **Parkgebühren**, die wir in diesem Jahr bereits beschlossen haben, werden wir hier erst einmal nichts ändern.

Im Übrigen aber werden wir angesichts der Dynamik der Veränderungen in allen Gebietskörperschaften künftig bei **jeder Haushaltsaufstellung prüfen**, wie sich alle unsere Steuern und Gebühren im Städtevergleich darstellen und dem Stadtrat vorschlagen, nachzusteuern, wenn wir nachziehen sollten. Denn auch in den anderen Städten ändern sich die Verhältnisse in immer kürzeren Fristen.

Neben notwendigen Ausgabeansätzen, die erhalten bleiben müssen, gibt es aber auch eine **Ausgabesteigerung**, die uns besonders schmerzt: Ich meine die fast **19 Millionen Euro Zinslasten!** Eine Steigerung um 4,7 Millionen Euro gegenüber 2011. Im Jahr 2014 werden wir bei **28 Millionen Euro** liegen und **im Jahr 2015** werden wir ausweislich der mittelfristigen Finanzplanung bereits bei **32,6 Millionen Euro** sein. Das sind keine Horrorzahlen des Kämmerers! Das ist genau gerechnet auf der Basis der heute bekannten Haushaltsentwicklung! Das genau ist unser Problem.

Wegen dieser Entwicklung der Zinslasten müssen wir sparen und zwar nicht irgendwann, sondern sofort. Jede Million neuer Schulden belastet uns dauerhaft mit zusätzlichen Zinsausgaben. Deshalb müssen wir weg von der Neuverschuldung und so bald wie möglich die Schulden zurückzahlen. Sonst sparen wir künftig nicht mehr für die Aufgabenerfüllung, sondern für die Bankzinsen!

Wir müssen entschieden daran arbeiten, dass wir nach 2016 keine zusätzlichen Schulden mehr machen. Sonst entscheiden andere, was wir uns dann noch leisten können, nämlich gar nichts mehr. Das wäre das Ende gestaltbarer Politik. Und wir stehen nicht am Anfang dieser Entwicklung, sondern sind seit dem Jahre 2009 mitten drin. Hatten wir Ende 2008 noch eine Gesamtkreditverschuldung von 270 Millionen Euro, so wird sie nach unserer mittelfristigen Finanzplanung Ende 2015 auf 640 Millionen Euro aufgelaufen sein. Dank unseres sehr guten Kreditmanagements – Dank auch an unseren Arbeitskreis Derivate – holt uns die volle Wucht der Zinsbelastungen erst in den Folgejahren ein. Aber sie holt uns ein, wenn wir nicht jetzt massiv umsteuern.

Trotz der hohen Zinslasten 2012 ist es uns gelungen, den Ergebnishaushalt jetzt so aufzustellen, dass sein **Defizit 4 Millionen Euro geringer ist als im Nachtrag für 2011**. Das weist in die richtige Richtung. Auch wenn es uns noch nicht zufrieden stellt.

Wir sehen aber daran: Wir sind im Jahre 2011 mit der mittelfristigen Haushaltskonsolidierung einen Schritt weiter gekommen. Das verdanken wir auch unserer **Haushaltsstrukturkommission** unter dem Vorsitz von Manfred Graulich, die ohne Rücksichtnahme auf politische Erwägungen richtungsweisende Empfehlungen aus wirtschaftlicher Sicht gegeben hat und gibt. Manfred Graulich steht für wirtschaftliches Denken. Prof. Dr. Gunnar Schwarting bringt den Sachverstand des rheinland-pfälzischen Städtetages ein. Und bei Dr. Josef Peter Mertes können wir vor allem von seinen Erfahrungen als langjähriger Kommunalpolitiker und ehemaliger ADD-Präsident profitieren. Alle drei stehen uns auch im **Jahre 2012 kostenlos als ehrenamtliche Berater** bei der Haushaltskonsolidierung zu Verfügung, wofür ich mich ausdrücklich bedanken möchte. Das erspart uns hohe Kosten für externe Berater mit ungewissem Ausgang.

Der Schritt, den wir vorangekommen sind, reicht uns und der Haushaltsstrukturkommission aber nicht aus: Der Ergebnishaushalt kommt zwar statt mit 41 Millionen im Jahre 2011 „nur“ mit **37 Millionen Defizit** im Jahr 2012 aus. Aber wir reden immer noch von über 30 Millionen neuer Liquiditätskredite, die wir aufnehmen, um die laufenden Ausgaben zu decken.

Um uns noch einmal bewusst zu machen, was wir zurzeit tun: Wir nehmen nach dem derzeitigen Haushaltsentwurf 37 Millionen Euro

Kredite auf und finanzieren damit reine Konsumleistungen – welche auch immer. Das kann man in etwa mit der Situation vergleichen, in der eine Hausfrau, bevor sie zum Einkaufen für den täglichen Bedarf geht, erst einmal zur Bank muss, um dafür einen Kredit aufzunehmen. Das hat für die Hausfrau genau so wie für die Stadt zur Folge, dass sie entweder in der Insolvenz landet – bei der Stadt wäre es der Staatskommissar – oder sie muss ganz schnell den schmerzhaften Schritt tun und absolute Prioritäten setzen. Das Ziel muss klar sein: Wie schaffe ich es, mit dem Geld auszukommen, was ich habe. Diese Prioritäten, meine Damen und Herren, kann nur der Stadtrat, also Sie, natürlich auf Vorschlag der Verwaltung, setzen.

III. Eine Expertise von Dr. Mertes als Arbeitsmaterial

Ich habe deshalb Dr. Josef Peter Mertes für unsere Haushaltsstrukturkommission um eine **Expertise** gebeten, an welchen Ecken wir noch weiter sparen und unsere Ausgaben verringern können.

Wir waren uns dabei im Stadtvorstand einig: Wir wollen nicht noch einmal mit dem Rasenmäher bei allen freiwilligen Leistungen einen bestimmten Prozentsatz zusätzlich einsparen. Sondern wir wollen wohlüberlegt bestimmte strukturelle Vorschläge mit Ihnen diskutieren. Wissend, dass wir es in erster Linie **nicht mit einem hausgemachten Problem** zu tun haben, sondern mit einer **Verlagerung von Leistungen vom Bund und vom Land in Richtung der Kommunen**. Das haben wir ja in unserem Eckwertebeschluss auch schon zum Ausdruck gebracht. Wir hoffen bei Bund und Land auf eine finanzpolitische Wende zugunsten der Kommunen. Wir können aber nicht auf sie warten. Wir müssen selbst handeln.

Dr. Mertes hat der Haushaltsstrukturkommission eine Reihe von Vorschlägen zur Prüfung übergeben. Und zwar ohne eine vorherige politische Bewertung. Das heißt, er hat ganz nüchtern bestimmte freiwillige Leistungen zur Disposition gestellt. Bewerten und entscheiden müssen der Stadtvorstand und der Stadtrat.

Konkret schlägt Dr. Mertes vor:

- die ersatzlose **Schließung von Dauerzuschussbetrieben** zu diskutieren. Als Beispiele nennt er das Stadtbad Weißergasse und

das Freibad Stolzenfels, welches im letzten Jahr einen Zuschussbedarf von 35,66 Euro pro Besucher aufwies.

- die Reduzierung bzw. Streichung von **freiwilligen Zuschüssen** zu prüfen wie:
 - bei der Lokalen Agenda 21
 - der Passivhaus-Beratung
 - der Existenzgründungsberatung
 - der Öffentlichkeitsarbeit im Umweltbereich
 - der Kriminalprävention
 - bei Trägern im Sozialen Bereich und im Jugendbereich
 - bei Mitteln für Spielhäuser und Jugendtreffs
 - oder im Sport- sowie Kulturbereich

Er schlägt weiter vor,

- die Aufgabe einer Sparte im **Stadttheater** oder eine verbindliche Kooperation mit den Häusern in Trier und Kaiserslautern prüfen,
- die Möglichkeit zu diskutieren, ob eine **Liquidation von Eigen- oder Beteiligungsgesellschaften** möglich ist, die auf jährliche Betriebskostenzuschüsse der Stadt angewiesen sind,
- die grundsätzliche Rückführung des Leistungsangebotes im freiwilligen Bereich zu erwägen,
- eine weitere Verbesserung des **Kreditmanagements** zu prüfen,

- eine Reduzierung der **Personal- und Arbeitskosten** durch personalwirtschaftliche Maßnahmen wie Wiederbesetzungssperren oder Stellenwegfall zu diskutieren,
- eine stärkere gemeinsame Leistungserbringung durch **interkommunale Zusammenarbeit** zu prüfen,
- eine Reduzierung der Leistungen bei den Pflichtaufgaben auf die erforderliche Grundausstattung und die **gesetzlichen Standards** zu diskutieren,
- die Verbesserung der **Ablauforganisation** in der Verwaltung zu fördern,
- ein **Outsourcing der Archive** zu prüfen,
- mit einem **Schulentwicklungsplan** die Schließung von Schulstandorten zu erwägen,
- und die Aufwendungen für die **Stadt Begrünung** zu reduzieren.

Wir haben uns im Stadtvorstand mit diesen Empfehlungen von Dr. Mertes sorgsam beschäftigt und geprüft, welche **konkreten Einsparungen und strukturellen Veränderungen kurzfristig** möglich sind. Einige der Vorschläge setzen wir bereits um, andere haben wir diskutiert und verworfen. Eigene Überlegungen kommen hinzu. Bestimmte Vorschläge halten wir jedoch für umsetzbar.

IV. Unser 17-Punkte-Strukturprogramm für 2012

Wir haben uns als Stadtvorstand deshalb entschlossen, Ihnen **17 Punkte** – überwiegend abgeleitet aus den Vorschlägen von Dr. Mertes – **als strukturelle Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen** vorzuschlagen:

Wir empfehlen,

1. die Aufgaben und Leistungen des städtischen **Versicherungsamtes** zu reduzieren und zukünftig keine Beratung in Fragen der Sozialversicherung, insbesondere keine Rentenberatung mehr anzubieten,
2. **Ausbildungsabsolventen**, von denen wir wissen, dass wir sie nicht übernehmen können, auch übergangsweise nicht mehr über Wochen weiterzubeschäftigen,
3. die **Passivhausförderung** einzustellen,
4. die **Öffentlichkeitsarbeit** im Umwelt- und Klimaschutz zu reduzieren,
5. die **Lotsenfunktion der Wirtschaftsförderung** zukünftig beim Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung direkt anzusiedeln und im Wirtschaftsförderungsamt zu streichen,

6. Ansätze im Bereich der **Kriminalprävention** zu reduzieren,
7. eine **Zusammenlegung von Jugendeinrichtungen** zu prüfen,
8. eine Schließung des **Freibades in Stolzenfels** zu diskutieren und stattdessen die Realisierung eines **Jugendzeltplatzes** in dem Stadtteil zu prüfen,
9. den Eigenanteil für die **Schülerbetreuung in den Grundschulen** zu erhöhen,
10. die Grenze zur Übernahme der **Schülerbeförderungskosten** von 2 km auf 4 km anzuheben,
11. den Eigenanteil an der **Mittagsverpflegung an Schulen** zu erhöhen,
12. eine Überprüfung des **Angebots der Volkshochschule** zu diskutieren,
13. die **Eintrittspreisstruktur des Stadttheaters** anzupassen,
14. eine **Kooperation mit dem Theater in Trier** ins Auge zu fassen,

15. das künstlerische **Ensemble des Stadttheaters** zu reduzieren,

16. das **Angebots des Stadtarchivs** zu überprüfen,

und

17. das **Gelände** des ehemaligen **Soldatenschwimmbades in Horchheim** endlich zu verkaufen.

Alle genannten Vorschläge tragen zur Haushaltskonsolidierung bei. Sie bedeuten aber auch den **Verzicht** auf einen gewohnten Standard oder eine wünschenswerte Leistung. Sparen ist aber ohne Verzicht nicht möglich. Wir müssen in Zukunft genau abwägen, welche Aufgaben wir noch übernehmen und welche Angebote wir machen können. Dabei gilt es präzise zu überlegen, was **verantwortbar und sinnvoll** ist – und was nicht.

Alle Vorschläge, die ich Ihnen eben genannt habe, halten wir im Stadtvorstand zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung für vertretbar. Dass sie nicht schön sind, ist klar. Wir müssen aber nach meiner Überzeugung die Herausforderung annehmen, mit weniger finanziellen Mitteln konstruktiv unsere Aufgaben als moderne und effiziente Stadtverwaltung wahrzunehmen.

Wir haben uns im Stadtvorstand diese Vorschläge deshalb gut überlegt. Entscheiden aber müssen Sie, meine Damen und Herren. Sie haben das Budgetrecht und setzen die Prioritäten. Ich bin mir aber sicher, dass wir gemeinsam – wenn wir die Haushaltskonsolidierung wie im Eckwertebeschluss als gemeinsames Ziel vor Augen haben – einen vertret- und verantwortbaren Haushalt verabreden können.

Ich schlage deshalb vor, dass wir uns in der **nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses** mit diesen 17 Punkten befassen, sie diskutieren und nach intensiver Abwägung zur Abstimmung führen, damit die Verwaltung sie detaillierter ausarbeiten kann. Ich erwarte dabei natürlich auch **Kritik**. Ich bin mir aber sicher, dass wir auch zu **konstruktiven Ergebnissen** kommen.

Trotzdem: Den einen wird das, was wir jetzt machen, **nicht weit genug** gehen. Sie werden angesichts der Neuverschuldung, die im laufenden Jahr eingeschlagene Kurskorrektur als verspätet und die jetzt vorgeschlagenen strukturellen Änderungen als halbherzig empfinden. Diesen Kritikern muss ich entgegen halten: Lieber spät das als richtig Erkannte einleiten als nie bzw. vorschnell ohne Prüfung das Falsche.

Die Entschiedenheit unseres Vorgehens ist nun auch für den nächsten Haushalt eindeutig und unumkehrbar. Klar ist aber auch: **Das Jahr 2012 muss das Jahr der systematischen Arbeit an weiteren Konsolidierungsvorhaben werden.** Dabei werden eine umfassende und präzise Aufgabenkritik der einzelnen Ämter und die genaue Überprüfung der jeweiligen Arbeitsabläufe unserer Verwaltung im Mittelpunkt stehen. Das gilt in gleichem Maße für unsere freiwilligen Aufgaben wie für unsere Pflichtaufgaben. Die Implementierung eines Immobilienmanagements und eines Fuhrparkmanagements hat der Stadtrat bereits beschlossen. Die dafür notwendigen Arbeitsgruppen werden bis Ende Januar mit ihrer Arbeit beginnen. Auch hier werden wir von externem Sachverstand unterstützt. Ich erwarte, dass bis Ende 2012 erste Ergebnisse erkennbar sind.

Den anderen **gehen unsere Konsolidierungspläne zu weit**, sie zweifeln an der Erreichbarkeit der beschlossenen Ziele, in den Jahren nach 2016 ohne Neuverschuldung einen verantwortbaren Haushalt zu beschließen. Sie sehen das Ausmaß der Neuverschuldung und fürchten, dass alle Konsolidierungsbemühungen mit einem Federstrich kommunalfeindlicher Politik des Bundes oder des Landes wieder kaputt gemacht werden können.

Für diese Skepsis habe ich Verständnis. Und dennoch ist Angst ein schlechter Ratgeber. Wir wehren uns gegen Bund und Land umso wirksamer, wenn wir den Nachweis erledigter Hausaufgaben antreten können. Und wenn wir vor der gewaltigen Kraftanstrengung resignieren, dann holt uns der nicht mehr gestaltbare Konsolidierungszwang mit doppelter Wucht in nur wenigen Jahren ein. Unausweichlich.

Weitere Kritiker werden dies vielleicht gerade noch akzeptieren, aber unser 17-Punkte-Programm als perspektivlos und schief lastig empfinden. Manche werden sagen: Es muss gespart werden, aber doch nicht am Personal, nicht an der Jugend, nicht im Sport, nicht in der Kultur, und so weiter.

Ich fürchte darauf kann es nur eine Antwort geben: Wir dürfen keine Tabus zulassen. Es muss **überall** gespart werden. Und zwar **wirklich**.

Wieder andere werden die **Perspektive** vermissen. Darauf besteht in der Tat ein Anspruch.

V. Unsere Perspektive: Koblenz 2020

Wenn öffentliche Leistungen zurückgefahren werden müssen, zugleich neue Projekte nicht angefangen werden können, muss die Frage erlaubt sein:

Wo geht die Reise hin? Was ist unsere Vision von Koblenz 2020?

Wir müssen zeigen, dass wir uns mit dem Wandel heutiger Bedingungen einer Stadt und einer Stadtgesellschaft nicht nur konfrontiert sehen, sondern sich diesem Wandel auch gestellt haben durch positive Gestaltung. Es sind verlässliche Rahmenbedingungen aufzustellen, aber auch Orientierung für die Menschen zu geben, wir machen Prozesse transparenter und werden immer wieder Mut beweisen, auch kurzfristig zu unpopulären Entscheidungen zu stehen.

Nur wer ein Zukunftsbild hat, kann prüfen, ob die Schritte in die richtige Richtung gehen oder ob Stillstand oder Rückfall in die 70er Jahre droht, wie kürzlich bei einer Podiumsdiskussion ein Diskutant befürchtete.

Wie stellen wir uns Koblenz 2020 vor?

- 1. Koblenz ist und bleibt wirtschaftlich stark**
- 2. Ökologisch und sozial verantwortlich**
- 3. Innovationsfreudig in Balance zwischen Tradition und Moderne**
- 4. Akzeptanz von Vielfalt**
- 5. Wir brauchen eine Dienstleistungsverwaltung als Motor der Weiterentwicklung unserer Stadt**

Worum geht es bei diesen Punkten?

1. Wirtschaftlich stark

Die wirtschaftliche Stärke unserer Stadt verdanken wir der Überwindung der früheren Monostruktur mit den Standbeinen Militär und Verwaltung.

Wir sind heute:

- Zum Lob weiterhin Bundeswehrstadt.
- Und auch weiterhin eine starke Justizstadt, wofür wir weiterhin kämpfen werden, wenn Gefahr in Verzug ist.
- Wir sind mit unseren Kitas, Schulen, Hochschulen und den zahlreichen Einrichtungen der Weiterbildung auch Bildungsstadt.
- Wir sind mit fünf Kliniken und ca. 400 Arztpraxen Gesundheitsstadt.
- Wir sind stark auf dem Dienstleistungssektor, wofür die Debeka eine Symbolfunktion hat.
- Wir sind schon jetzt Einkaufsstadt und haben uns mit dem zweiten Shopping-Center auf dem Zentralplatz auf den Weg gemacht, uns noch stärker aufzustellen.
- Wir sind Tourismusstadt mit Potenzial nach oben, wie die BUGA gezeigt hat.
- Wir sind auch Industriestadt, was wir auch bleiben wollen.
- Vor allem aber sind wir wirtschaftlich geprägt vom Mittelstand, dessen Bedürfnisse wir erfüllen müssen, so gut wir können.
- Wir sind auch moderne IT-Stadt, wofür die Entwicklung der Informatik an der Universität, das Technologiezentrum, das IT-Amt der Bundeswehr und private Global Player wie CompuGroup stehen.

Diese **Vielfalt ist unsere Stärke**. Sie zu erhalten und auszubauen – Stichwort Industrieansiedlung und Wirtschaftsförderung – ist unsere Aufgabe.

Dafür ist die Infrastruktur ganz entscheidend. In einer Stadt an zwei großen Flüssen kommt dabei zum Beispiel dem Thema „Funktionsfähigkeit unserer Brücken“ ein ganz besonderes Augenmerk zu.

2. Ökologisch und sozial verantwortlich

Die Zeiten, in denen wir **auf Kosten unserer Umwelt** leben konnten, sind vorbei. Wir brauchen gesunde Luft, gesunde Böden, gesundes Wasser und gesunde Lebensmittel. Natürliche Lebensbedingungen für uns Menschen, aber auch für die Tiere und die Pflanzen sind kein Luxus sondern die Voraussetzung für das Leben.

Christlich ausgedrückt: **Respektvoller Umgang mit der Schöpfung** ist selbstverständliche Messlatte an unser Handeln.

Deshalb müssen wir pfleglichen Umgang mit den natürlichen Lebensbedingungen ganz ernst nehmen. Dazu gehören auch unser **Klimaschutzprogramm** und unsere Anstrengungen im Bereich des **Verkehrs**. Unsere Priorität liegt auf dem öffentlichen Personennahverkehr im innerstädtischen Bereich und der Fortbewegung, zu Fuß oder per Fahrrad. Mit dem Schienenhaltepunkt – so viele Probleme mit ihm auch verbunden waren – haben wir z.B. den Nah- und Schienenverkehr gestärkt. Mit Projekten wie der

Elektromobilität und der Verpachtung von Solarflächen, z.B. auf der Rhein-Mosel-Halle, sowie die Prüfung eines Flächenausweises für Wind-Energie tragen wir zur Erhaltung natürlicher Ressourcen bei. Wir wollen diesen Weg gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben und Energieversorgern sowie privaten Investoren gehen.

Was das Soziale anbelangt, so ist der Grundsatz wichtig: **Wir wollen, dass niemand durch den Rost fällt.** Menschen ohne Arbeit, ohne Wohnung, in Armut oder mit Behinderung – alle haben ein Recht auf ein gleichberechtigtes Leben. Sie haben Anspruch auf unsere Hilfe, wenn sie sie benötigen. Und dass wir dieser Verpflichtung nachkommen, zeigt der Teilhaushalt „Jugend und Soziales“, der mit über 126 Millionen Euro Aufwand erneut gegenüber dem Jahr 2011 eine Steigerung ausweist.

Auch aus diesem Grund gilt das **Subsidiaritätsprinzip**: Hilfe zur Selbsthilfe.

Das beginnt im Kindesalter: Die wichtigste Hilfe ist ein gut aufgestelltes Bildungssystem, beginnend mit unseren **Kindertagesstätten**. Sowohl mit den in 2011 begonnenen als auch den in 2012 geplanten Investitionen stellt die Stadt Koblenz den Anspruch auf die Betreuung ab dem Kleinkindalter sicher: Beispielhaft genannt seien Neubauten, Generalsanierungen, Ausbau- und Erweiterungsmaßnahmen im Musikerviertel, in St. Hedwig, in Lehrhohl oder Sonnenblume.

Diese Maßnahmen sichern zugleich die Rahmenbedingungen für die bessere **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**. Diese wiederum sind notwendig, weil die mangelnde **Geschlechtergerechtigkeit** im wirtschaftlichen Alltag verfassungsrechtlich nicht akzeptiert werden kann

und auch wirtschaftlich unvernünftig ist. Zudem müssen auch Alleinerziehende und Paare, die zwei Einkommen benötigen, die Chance haben, berufstätig zu sein.

Zur Gestaltung unseres sozialen Lebens gehört auch das Thema **Wohnen**. Für die Menschen hat ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen eine existentielle Bedeutung – unerheblich in welchem Alter. Wir wissen, dass wir für Jung und Alt mehr kleinere Wohnungen brauchen. Deshalb engagieren wir uns hier. Ich habe den Herrn Baudezernenten gebeten, ein **Wohnraumversorgungskonzept** als Teil der künftigen Stadtentwicklungsplanung zu erstellen. Nicht nur potenzielle Investoren müssen wissen, welcher Bedarf an großen oder kleinen Wohnungen in welchem Stadtteil nachgefragt wird. Auch für die städtische Teilhabeplanung sind solche Daten unerlässlich. Und auch, wenn wir uns in den nächsten Jahren keine neuen städtischen Investitionsprojekte leisten können, so ist doch ein „**Masterplan Stadtentwicklung**“ als Plattform künftiger Entscheidungen unverzichtbar.

3. Innovationsfreudig in Balance zwischen Tradition und Moderne

Wir sind stolz auf unsere über 2.000 Jahre alte Stadtgeschichte. Sie verleiht uns Lebensqualität und touristische Attraktivität. Deshalb ist **sorgsamer Umgang mit den Zeugnissen der Vergangenheit** im wohlverstandenen Eigeninteresse.

Zugleich aber müssen wir uns **der Moderne öffnen**. Wir sind eine Stadt, die mit Träger des Fortschritts im 21. Jahrhundert ist. Firmen wie Canyon

Bikes, Görlitz oder CompuGroup sind Beispiele dafür. Und die hochmoderne Seilbahn vor dem historischen Monument des Deutschen Ecks ist ein Musterbeispiel.

Die Zukunftsaufgabe lautet: **Die Moderne des 21. Jahrhunderts positiv aufzunehmen im Respekt vor unserer Tradition.**

4. Akzeptanz von Vielfalt

Lebensqualität heißt nicht Gleichmacherei sondern **Akzeptanz von Vielfalt und Liberalität als Lebensmaxime.**

Das gilt für das **Zusammenleben der Generationen.**

Natürlich ist unsere Jugend unsere Zukunft. Deren Chancen gilt es zu sichern. Eine damit aber verbundene Vernachlässigung der Älteren wäre aber inhuman und töricht. Auch die Älteren wollen ihren Platz inmitten des gesellschaftlichen Lebens. Deshalb müssen wir die Interessen aller Generationen gleichberechtigt würdigen.

Das gilt auch für das **Zusammenleben der Kulturen und der Religionen.**

Koblenz ist überwiegend katholisch geprägt, zugleich haben wir neben anderen christlichen Religionsgemeinschaften eine starke evangelische Minderheit. Beide sind sich im gesamten BUGA-Jahr in Koblenz über die praktizierte Ökumene näher gekommen. Daneben dürfen wir nicht vergessen, dass wir mit 25 Prozent einen hohen Anteil von Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit Migrationshintergrund haben. Darunter nicht wenige Juden und vor allem Muslime.

Wir brauchen einen **interreligiösen Dialog**, der uns alle über alle Grenzen der Herkunft und des Glaubens zusammen führt.

Entscheidend für die Zukunft sind nicht unsere Herkunft und unser Glauben. Entscheidend ist die Bereitschaft zu einem demokratischen, respektvollen und sozialen Miteinander. Für rassistischen Hass ist in unserer Stadt ebenso wenig Platz wie für religiös-menschenverachtenden Fundamentalismus.

Was wir brauchen sind Neugierde aufeinander und Respekt vor dem Anderssein.

Das gilt auch für **unterschiedliche sexuelle Orientierungen im Respekt vor dem Anderen. Akzeptanz der Vielfalt.**

So ist Koblenz. So wollen wir bleiben.

5. Dienstleistungsverwaltung als Motor der Weiterentwicklung der Stadt

Das ist mein Zukunftsbild von Koblenz 2020. Da wollen wir hin. Darüber wollen wir nächstes Jahr sprechen, wenn es um die Weiterentwicklung unseres **Leitbildes** geht, auch die strategischen **Kennzahlen** und die Vorgabe für unser künftiges **Stadtmarketing**.

Unsere Verwaltung versteht sich dabei als **Motor und Dienstleister**, als ausführendes Organ unserer Beschlüsse im Stadtvorstand und Stadtrat.

Wir alle dienen gemeinsam nur einem Souverän: Unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Diese Dienstleistungsverwaltung modern, effizient, kostengünstig, und schlank aufzustellen: das ist eine der großen Aufgaben der nächsten Jahre. Die notwendigen aufgabenkritischen Überprüfungen verlangen Sorgfalt in der Analyse, Respekt vor den tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und die Bereitschaft zu konsequentem Handeln, auch wenn es mal schwieriger wird.

Das sind kurz gefasst Facetten meines Zukunftsbildes der Weiterentwicklung unserer geliebten Heimatstadt Koblenz, eingebunden in den Anspruch, dass Koblenz für Menschen in allen Lebenslagen und jeglichen Alters attraktiv sein will und muss.

VI. Die Schwerpunkte für unsere Arbeit im Jahr 2012

Ich würde mich freuen, wenn wir gemeinsam einen konstruktiven Weg zu diesen Zielen in Zeiten schwieriger Herausforderungen finden. Denn auch **das nächste Jahr** 2012 wird uns vor besondere Herausforderungen stellen, für die wir gewappnet sein müssen. Deshalb abschließend kurz zusammengefasst, was die bevorstehenden Kernaufgaben sind:

Erstens gilt es, die Chancen der **BUGA** für die Zukunft zu nutzen. Hier geht es um unsere Lebensqualität als Koblenzer, aber auch um die Chancen des gesteigerten Tourismus auch für unsere Einkaufsstadt Koblenz. Dafür bedarf es weiterhin der Pflege unserer Anlagen und kultureller Angebote und den Einsatz für einen möglichst dauerhaften Erhalt unserer Seilbahn.

Zweitens der **Zentralplatz**: Er ist mit rund 250 Millionen Euro Gesamtinvestition unser größtes Projekt, auch was den städtischen Mittelanteil anbelangt. Dafür zu sorgen, dass er im Zeitplan und vor allem im beschlossenen Budget bleibt, ist eine elementar wichtige Aufgabe für unsere Stadt.

Drittens bietet uns der mögliche Verkauf der **KEVAG**-Anteile durch die RWE die Chance, unsere Energieversorgung künftig entscheidend mit bestimmen zu können. Das Geschäft muss aber absolut professionell begleitet und abgewickelt werden. Es bedarf der fairen Partnerschaft zwischen allen Beteiligten.

Und viertens ist die **mittelfristige Konsolidierung unseres Haushalts** für die Zukunft unserer Stadt von existentieller Bedeutung. Wir haben uns in 2011 auf den Weg gemacht. Der vorliegende Haushaltsentwurf in Verbindung mit unserem 17-Punkte-Programm setzt diesen Weg entschieden fort. Im Jahre 2012 müssen noch viele Zukunftsideen hinzugefügt werden.

VII. Fazit

Sie, im Stadtrat, haben **mit dem Eckwertebeschluss den Weg gewiesen**, den wir im Stadtvorstand umgesetzt haben.

Wir haben damit zusammen den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt Koblenz bereits das Signal gegeben, dass wir zusammen den Weg beschreiten, der mit Umsicht und Verantwortung zeigt, dass wir mit aktuellen und zukünftigen Herausforderungen verantwortungsvoll umgehen und danach handeln und dabei stets das richtige Verhältnis von Augenmaß und Engagement finden.

Lassen Sie uns auch den nächsten Schritt gemeinsam gehen und verlässlich unserer, von den Koblenzern und Koblenzerinnen erhaltenen Verantwortung gerecht werden. Das sind wir übrigens nicht zuletzt all den vielen ehrenamtlich Tätigen gegenüber in dieser Stadt schuldig. Schließlich haben wir alle das eine Ziel: unsere Stadt auch in Zukunft für alle Generationen lebenswert zu erhalten.

Vielen Dank für das konstruktive, respektvolle Miteinander der letzten Zeit und Ihre Aufmerksamkeit.